Freitag, den 14. Juni 1935

Nr. 161 Jahrgang 13

Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem.

Einzelnummer 10 Groschen

Lodzer Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen: Lodz, Petrikauer Straße 109
Telephon 136-90 — Postscheck-Konto 63-508
Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielitz, Republikanska 4

Volksstimme Bielitz-Biala u. Umgebung

Folgen des Rüstungswahnsinns

Sprengstoffabrik in die Luft geflogen

Furchtbare Explosionskatastrophe in Deutschland. — Ueber 50 Arbeiter getötet, 70 schwer und 300 leicht verletzt.

Berlin, 13. Juni. In Reinsdorf bei Wittenberg ereignete sich heute in der „Westfälisch-anhaltinischen Sprengstoff-Fabrik" (Wasag) ein furchtbares Explosionsunglück. Die erste Explosion erfolgte nachmittags gegen 15 Uhr, als die Fabrik in vollem Betriebe war. Es entstand ein Brand, der weitere Explosionen zur Folge hatte. Die Explosionen wiederholten sich bis 18 Uhr und erst um 20 Uhr gelang es den Rettungsmannschaften an den Ort der Katastrophe heranzukommen.

Das Ausmaß des Unglücks ist noch nicht abzuschätzen. Ueber das Unglück wurden von den deutschen Stellen im Laufe des gestrigen Abends nur spärliche Nachrichten ausgegeben, die aber im allgemeinen nur unwesentliche nebensächliche Einzelheiten betrafen und sichtlich darauf berechnet waren, das Ausmaß des Unglücks herabzumindern. Erst um 21 Uhr, also 6 Stunden nach dem Unglück, erschien der erste amtliche Bericht über das furchtbare Explosionsunglück, wobei die Zahl der Toten mit 10 angegeben wurde. Aber schon um 22 Uhr teilte das „Deutsche Nachrichtenbüro" mit, daß die Zahl der Toten 20 beträgt und mit insgesamt 50 Toten gerechnet werden muß.

Wittenberg, 14. Juni. Nach den letzten Feststellungen wurden bisher 22 Tote geborgen. Weitere 30 Arbeiter werden noch vermißt. Es besteht wenig Hoffnung, daß diese Vermißten noch lebend geborgen werden können. Außerdem wurden bisher 75 Schwerverletzte und 300 Leichtverletzte gezählt.

„Auf dem Felde der nationalen Ehre gefallen".

Berlin, 13. Juni. Reichsminister Dr. Göbbels hat an den Betriebsführer der „Westfälisch-anhaltinischen Sprengstoff-Fabrik" ein Beileidstelegramm gerichtet, in dem es heißt: „Die Opfer dieser Katastrophe sind als Soldaten der Arbeit auf dem Felde der nationalen Ehre gefallen".

Polnischer Einspruch in Danzig

gegen die Einführung der Devisenzwangswirtschaft.

Danzig, 13. Juni. Zwischen dem polnischen Generalkommissar in Danzig, Minister Pape, und dem Senatspräsidenten Greiser fand am gestrigen 12. Juni ein Gespräch über Fragen der Danziger Währung statt, wobei die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig über Finanz- und Valutenfragen vereinbart wurden. Inzwischen ist aber die Verordnung der Danziger Regierung über die Devisenbeschränkungen erschienen, die eine Verletzung der polnisch-Danziger Abkommen bedeutet. Im Zusammenhang damit ist heute in Danzig ein Schritt der polnischen Regierung erfolgt. Der Danziger Regierung wurde mitgeteilt, daß Polen auf den Schutz seiner Interessen in der zum polnischen Zoll- und Wirtschaftsgebiet gehörenden FreienStadt Danzig nicht verzichten wolle.

Auflösung des Danziger Volkstags beantragt.

Danzig, 13. Juni. Im Namen der Fraktionen des Zentrums, der sozialdemokratischen Partei und der Deutschnationalen übergab heute Geistlicher Dr. Stachnik dem Präsidenten des Volkstags einen Antrag auf Auflösung des Volkstages. Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Volkstages.

Dr. Szumski von der PPS verhaftet.

Wie wir erfahren, ist Dr. Szumski in Krakau verhaftet worden, und zwar infolge einer von ihm am 2. Juni in einer Versammlung in Bochnia gehaltenen Rede, in welcher er angeblich Hitler beleidigt haben soll. Szumski wurde in eine Zelle gemeinsam mit gewöhnlichen Verbrechern untergebracht. In dieser Gefängnisabteilung sollen besonders schlechte hygienische Zustände herrschen.

Torgler in Freiheit?

Der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete **Torgler**, der zusammen mit Van der Lubbe, Dimitrow, Popow und Tanew vor dem Reichsgericht unter der Anklage der Brandstiftung des deutschenReichstages stand, aber freigesprochen wurde und sich seither im Polizeigefängnis Plötzensee befand, soll sich, wie gerüchtweise verlautet, wieder in Freiheit befinden. Es ist jedenfalls sicher, daß Torgler nicht mehr in Plötzensee ist. Er hält sich aber auch nicht in seiner Wohnung in Karlshorst auf. Man nimmt an, daß er sich unter einem Decknamen auf dem Lande befindet, wo er weiter unter polizeilicher Aufsicht steht.

Stahlhelmführer in Haft.

Berlin, 13. Juni. In Baden haben sich die durch die neue Aktivität des Stahlhelms eingetretenen Spannungen zwischen diesem und der nationalsozialistischen Parteiführung derart verschärft, daß der Landesführer des Stahlhelms Dr. Wenzl von der geheimen Staatspolizei in Schutzhaft genommen wurde, und zwar, wie amtlich verlautet, wegen Kritik an der Tätigkeit der Regierung.

Ausweisung eines Journalisten aus Danzig.

Danzig, 13. Juni. Der lettische Staatsangehörige Theodor Loevy, der früher in Lodz wohnte, ist durch Verfügung des Polizeipräsidenten mit einer Frist von drei Tagen aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig ausgewiesen worden.

Loevy war Herausgeber der jüdischen Zeitschrift „Danziger Echo" und wurde vor einigen Tagen „wegen Pressevergehens und Verstoßes gegen Verordnungen des Senats" in Haft genommen.

Das Urteil im Rundfunkprozeß.

Im sogenannten großen Rundfunkprozeß, der vom nationalsozialistischen Regime als „Korruptionsprozeß" aufgezogen wurde, ist gestern, nach siebenmonatiger Verhandlung, das Urteil ergangen. Der Angeklagte Bredow wurde zu einer Gesamtstrafe von 6 Monaten Gefängnis und zu Geldstrafen verurteilt. Gegen den Angeklagten Dr. Flesch wurde auf eine Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis und auf Geldstrafe erkannt. Der Angeklagte Dr. Magnus wurde zu einer Gesamtstrafe von 5 Monaten Gefängnis und zu Geldstrafen verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten, so weit sie nicht freigesprochen wurden, kleine Gefängnisstrafen.

Zurück zu Briand?

Die französische Bankierpresse ist höchst zufrieden: das Kabinett Laval entspricht ganz ihren Erwartungen. Die Regierungskrise, die fast vierzehn Tage sich in dramatischen Formen bewegte, ist zum Abschluß gekommen. Die Bildung eines Linksblocks von den Kommunisten über die Sozialisten und Radikalen zu den Republikanern wurde verhindert und die faschistischen Jünger können sich nach wie vor austoben, es droht ihnen keine Gefahr der Auflösung, die bei der Bildung des Kabinetts Bouisson noch möglich erschien. Das Bouisson überhaupt an die Reihe kam, war nur ein Versehen der Kulissenschieber bei der Regierungsbildung. Bouisson hätte im Geiste Flandins wirken müssen, der nur darum gestürzt wurde, weil er es unterließ, den Verwatungsapparat so spielen zu lassen, daß die Kommunalwahlen einen Erfolg für die Rechte zeitigen. Die Linke blieb Sieger, und die Kommunisten hatten sogar einen Achtungserfolg, was die Börsenjobber mit einer Finanzpanik beantworteten. Sie sorgten dafür, daß ein Goldabfluß bei der Bank von Frankreich den Franken gefährdete, was schließlich den Parlamentarismus in Gefahr brachte, weil er sich als unfähig erwies, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Nach berühmtem Muster mußten, wie in Deutschland unter Brüning, Vollmachten herhalten, die die Kammer nicht gewähren wollte, und so wurde Flandin gestürzt und Bouisson hatte einen Eintagserfolg, bis auch er gehen mußte, weil seine Regierungserklärung einen Linkskurs voraussehen ließ.

Vergeblich bemühte sich zunächst Laval, dann Herriot, dann der Senatspräsident um eine rasche Regierungsbildung. Schließlich griff man wieder auf Bouisson zurück, der aber nicht mehr mitmachte, immerhin aber die Frankenkrise in der Abwertung aufhielt. Den Banken wurde Polizei auf den Hals geschickt, ein paar Börsenjobber wurden festgesetzt und den Spekulanten zu Leibe gerückt. Sein Fehler war, auf den Vollmachten zu bestehen, die jetzt Laval erheblich einschränkte und die Kammer in voller Mitbestimmung beließ. Nur so ist es nach einigen Tagen der Ratlosigkeit doch zu einem Kabinett Laval gekommen, der, sagen wir es offen, als ein früherer Sozialist und Schüler Briands, dessen Kurs der Verständigung und des Friedens fortsetzen soll. So wenigstens wird seine Mission in der radikalen und republikanischen Presse umschrieben. Man kann Frankreich gratulieren, einen Staatsmann zu haben, der nicht nur Patriot sein will, sondern auch die demokratischen Traditionen dieses Landes in jeder Beziehung aufrecht erhalten will, wiewohl er ganz vom Börsenkapital abhängig ist. Laval konnte die Radikalsozialisten nur gewinnen, wenn er die Kammer in ihrem Entscheidungsrecht bei Erteilung der Vollmachten unangetastet ließ, sie nicht in die Ferien schickte, wie es Bouisson beabsichtigt hatte und daher die Mehrheit der Kammer gegen sich einnahm. Das Bemerkenswerteste beim Verlauf der Regierungskrise ist immerhin die Tatsache, das niemand an die Abwertung des Franken mehr denkt, aber Tatsache ist schon heute, daß der Budgetausgleich auf Kosten der breiten Massen erfolgen wird, da allein am Sozialetat nicht weniger als 500 Millionen Franken eingespart werden sollen. Die Sozialisten und Kommunisten haben nicht nur eine Regierungsteilnahme abgelehnt, sondern sind auch gegen dieses Kabinett Laval, welches die schärfsten Züge der französischen Bourgeoisie trägt.

In diesem Krisenverlauf hat es nicht an Ueberraschungen gefehlt, die von den Sozialisten und Kommunisten ausgingen. Die Kommunisten waren bereit, eine Linksregierung zu unterstützen, die gegen die faschistischen Organisationen vorgehen, die demokratischen Traditionen aufrecht erhalten, den Frieden sichern wollte. Es kam sogar auf Initiative der Kommunisten zu einer gemeinsamen Tagung der Sozialisten, Kommunisten und Radikalen, wobei seitens der Sozialisten ein Regierungsprogramm formuliert wurde, über das noch gesprochen werden soll, wenn der Parteitag der französischen Sozialisten in Mühlhausen beendet sein wird, der die Frage der Regierungsbeteiligung und Machteroberung auf die Tagesordnung seines Kongresses gesetzt hat. In der Regierung Laval sitzen auch zwei ehemalige Sozialisten, Frossard, der vom Kommunisten und Moskauverehrer den Weg zu-

rück fand, um wieder in die sozialistische Partei einzutreten, um sie jetzt aber wieder zu verlassen, um Minister zu werden, und der Neosozialist Lafonde, der schon lange auf einen Ministersesse pochte und nun auch aus der neosozialistischen Partei ausgeschlossen wurde. Man muß also das Kabinett Laval als das der „nationalen Union" bezeichnen, einen Unfug, der bisher der Wegbereiter des Faschismus in anderen Ländern war.

Laval beruft sich nur zu häufig auf seinen geistigen Lehrvater Briand, den Friedensmacher und Verständigungsfreund, der gleichfalls aus der sozialistischen Partei austrat, um Minister zu werden. Die Ziele Briands sind bekannt. Sicherung des Friedens und Verständigung Deutschland, aber auch die Garantie dieser Sicherheiten durch England und, wenn möglich, auch die Einbeziehung Italiens in diesen Bund. Diese Mission ist gescheitert, es kam der deutsche Faschismus, weil man in Frankreich in den Konzessionen gegenüber Deutschland zu kleinlich war und dem deutschen Faschismus in die Hände arbeitete. Hoffentlich ist Laval klügel und alles deutet darauf hin, daß er erst die Sicherheiten wünscht, die ja jetzt durch den Pakt mit Rußland konsolidiert erscheinen, um schließlich die Verständigung auch mit Hitlerdeutschland zu beginnen, wenn ihm dieses nicht durch irgend eine Katastrophenpolitik zuvorkommt, wofür bereits zahlreiche Anzeichen vorliegen. Mit der These „zurück zu Briand" sind also nicht allein dessen frühere gute Absichten zu verstehen, sondern das Treiben zu neuen Gefahren, auf Grund von Halbheiten, der die gerade im Genfer Völkerbund ihre Urstätte haben und deren geistiger Vater Briand hieß.

Die Sozialisten und ein Teil der Linken haben gegen Laval gestimmt. Man wird bei der gefahrvollen Lage Europas diese Stellungnahme nur schwer begreifen, und es fehlte nicht an boshaften Stimmen, die von einem Versagen des Parlamentarismus bereits recht kräftig faselten und die autoritären Regierungen priesen. Nun, Frankreich hat zwar eine neue Regierung mit einem demokratischen Programm, aber die gesamte Krise ist nicht nur nicht überwunden, sondern wird erst in den nächsten Wochen und Monaten ihre ganze Tragik offenbaren. Die Wirtschaftskrise verschärft sich und die Arbeitslosenziffern steigen wieder an. Wie schon während der Regierungskrise, stoßen die faschistischen Organisationen vor und es kam schon zu Aufmärschen, die offen gegen die Regierung gerichtet waren. Man wird deshalb begreifen, wenn die Linke, Sozialisten und Kommunisten, gleichfalls alle Vorbereitungen treffen, um jeden reaktionären Angriff abzuwehren und die Massen mit der Losung einer Arbeiterregierung in Frankreich zu aktivieren suchen. Ueber die schwere dieser Aufgabe ist man sich in den Reihen der proletarischen Organisationen nicht im Unklaren, denn die Wirtschaftskrise ist ein Helfer des Faschismus, der in Frankreich überwunden werden soll.

Der italienische Imperialismus.

Versuche zur Beilegung des Ostafrika-Konflikts.

London, 13. Juni. Die englischen Blätter „Morning Post" und „Daily Herald" wollen von einer einheitlichen Zusammenarbeit zwischen England, Frankreich und Italien zur Regelung der abessinischen Frage wissen.

Der diplomatische Mitarbeiter des sozialistischen „Daily Herald" glaubt zu wissen, daß zur Zeit ein von Italien ausgehender neuer Plan zur Regelung der italienisch-abessinischen Streitfalles in London, Paris und Rom ernsthaft erörtert wird. Danach würde Italien ein bestimmtes Versprechen abgeben, keinerlei militärische Maßnahmen gegen Abessinien zu ergreifen und die Grenzfragen durch ein Schiedsgericht regeln zu lassen. Abessinien würde den Italienern den Bau einer Eisenbahn von Massaua (Eritrea) nach Mogadiscio (Somaliland) gestatten, die westlich an Addis Abeba vorbeiführen würde, so daß sie die französische Eisenbahnlinie von Addis Abeba nicht kreuzen würde. Diese Konzession stehe nach italienischer Ansicht mit den Bestimmungen des Vertrages von 1906 im Einklang. Zum Schutze der geplanten italienischen Bahn verlangen die Italiener die Errichtung einer „Eisenbahnzone" auf beiden Seiten der Bahnstrecke, die von Polizei besetzt und unter italienischer Verwaltung gestellt werden solle. Die französische Regierung sei diesen Vorschlägen günstig gesinnt, während die britische Regierung sie noch prüfe. Die Ansichten der abessinischen Regierung seien bisher noch nicht in Erfahrung gebracht worden.

Erklärungen des japanischen Kriegsministers.

Tokio, 13. Juni. Der japanische Kriegsminister Hajaschi ist in Korea eingetroffen. Er erklärte, daß die gegenwärtige Lage keine Verminderung der Militärausgaben in Mandschukuo zulasse. Der Kriegsminister kündigte ferner eine Heeresreorganisation mit starker Konzentrierung der Truppen unter Loslösung von der Polizei an. Optimismus gegenüber der Sowjetunion, erklärte der Minister, sei unberechtigt, da ihre friedliche Haltung nur wegen der Ergänzung der Rüstungen vorgetäuscht werde.

Massenflucht aus Peiping.

Peiping, 13. Juni. Anläßlich des erneuten japanischen Vorgehens in Nordchina hat in Peiping (früher Peking) eine Massenflucht in die Provinzen eingesetzt.

Der Kampf ums Wahlrecht.

Scharfe Kritik an den Wahlentwürfen der Regierungspartei.

Nachdem Dienstag die Referate zu den Wahlgesetzentwürfen angehört wurden, begann Mittwoch die Diskussion über diese Entwürfe. In seiner Kritik der Sanacjaentwürfe erklärte der Führer des Bauernklubs und ehemalige Sejmmarschall Rataj unter anderem: In den Bauernmassen erwachen neue Gedanken und neue Strömungen. Die Vorgänge, die in der Gegend von Suwalki vorgefallen sind, geben Zeugnis für die Wandlung innerhalb der Bauernschaft.

Innerhalb der Bauernschaft erwacht Zweifel darüber, ob der Wahlzettel noch irgendwelchen Wert hat, und ob es in Verbindung damit nicht angezeigt wäre, andere Methoden, andere Wege zu suchen.

Abg. Rataj meint, daß es ein Unglück wäre, wenn die Bauernschaft den Glauben an die Wirksamkeit des Wahlzettels gänzlich verlieren würde. Darin liege die bedeutendste Verantwortung, die auf die „Sanacja" fällt.

Der Redner der sozialistischen Fraktion Czapinski wies darauf hin, daß die Wahlgesetzentwürfe der „Sanacja" nicht allein zur Verfassung in Widerspruch stehen, die unlängst von der Sanacjamehrheit angenommen wurde, indem sie das indirekte und ungleiche Wahlreicht einführen, sondern sie zeigen vor allem, daß die heute in Polen regierenden Klassen bedeutend nach rechts gerückt sind. Schon die Verfassung, die die Bedeutung des Sejm verringert, ist der Ausdruck der ausschlaggebenden Rolle der besitzenden Klassen. Mit den Wahlgesetzen ist es ebenso. In den Wahlkomitees der Bezirke werden die Arbeiter und Kleinbauern keine Rolle spielen; entscheiden werden die von der Bürokratie entsprechend ausgesuchten Vertreter der Gemeindeverwaltungen, der Industrie-, Landwirtschafts- und Gewerbekammern. Redner fragt diejenigen Mitglieder der „Sanacja", die sich als Vertreter der Arbeiter und Bauern betrachten, wie sie ihren angeblichen Klassenstandpunkt mit den neuen Wahlentwürfen der „Sanacja" zu vereinbaren gedenken.

Vom Arbeiterstandpunkt waren sogar die zaristischen Wahlgesetze zur Duma besser als die Entwürfe der „Sanacja". Selbst im verschlechterten Wahlgesetz zur Duma vom Jahre 1907 wurden den Arbeitern sechs Abgeordnete garantiert. Er kritisiert weiter in schärfster Weise die Behauptung, als wenn der „Staat" oder das Staatsineresse solche Wahlgesetze erforderlich machten. Sogar zur Zeit der Kaiser in Oesterreich hat der kleinpolnische Bauer gestimmt für wen er wollte, hat er selbst seine Kandidaten aufgestellt. Erst in Polen, für dessen Unabhängigkeit der Arbeiter und der Bauer gekämpft haben, wurde ihnen das Recht, eigene Kandidaten aufzustellen, genommen. Man kann sich leicht denken, wie das auf die Arbeiter und Bauern wirken wird.

Redner polemisiert gegen die von Ministerpräsidenten Slawek aufgestellte These, als wäre eine starke Regierung gleichbedeutend mit einem starken Staat. In moralischer Hinsicht wird das neue Wahlgesetz nur nachgiebige und demütige Figuren zum Vorschein bringen, auf welche die Kraft der Gesellschaft nicht ruhen kann. Das neue Wahlgesetz ist eine verschämte Form des totalitären Staates. Es gibt nicht eine einzige Liste, wie in Italien oder im Hitlerland, doch werden neben der Liste der Regierung nur solche Listen zugelassen werden, die der regierenden Partei gefallen. Unter der Parole „Kampf mit den Parteien" erhalten wir die Ueberpartei. Es kann nicht zugelassen werden, daß eine Sanacjamehrheit in den Wahlkollegien über die Kandidaten bestimmen und auch über die oppositionellen Kandidaten entscheiden soll, indem sie einen ablehnt, den anderen akzeptiert, oder gar einen dritten vorschlagen kann.

Sollte das von Herrn Podoski vorgelegte Wahlgesetz nicht eine gründliche Aenderung erfahren, so **werden die Sozialisten überlegen müssen, ob sie an solchen „Wahlen" teilnehmen sollen.**

Gegen die Entwürfe der „Sanacja" sprechen sich der Reihe nach alle Redner der Opposition aus. Der christlich-demokratische Abg. Tempka erklärte, daß seine Fraktion bei den vorliegenden Verhältnissen sich veranlaßt sieht, für den sozialistischen Wahlentwurf einzutreten. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Abgeordneten Maksymiljan Malinowski, eines alten Bauernführers, der in schlichten und treffenden Ausführungen die Geschichte des Kampfes um die Unabhängigkeit Polens schilderte, wobei seit Kosciuszko das Problem der Teilnahme des Volkes an diesen Kämpfen das Problem des Erfolges in sich schloß. Heute geht die Politik Polens in umgekehrter Richtung. Was wird morgen sein? Was wird geschehen, wenn die Stunde der großen Prüfung kommt? **Einstmals hat der Großgrundbesitzer den Kosciuszkosoldaten ins Gesicht geschlagen, weil er es vorzog, in den Kampf um die Unabhängigkeit zu ziehen und nicht in die Leibeigenschaft zurückkehren wollte. Das Wahlgesetz der „Sanacja" ist eine solche Ohrfeige für das polnische Volk.**

Arbeitskonferenz für 40-Stundenwoche.

Genf, 13. Juni. Nach Abschluß der Debatte über die Frage der Einführung der 40stündigen Arbeitswoche schritt die Internationale Arbeitskonferenz zur Abstimmung über die von der Arbeitnehmergruppe eingebrachte Entschließung. Die Entschließung wurde mit 57 gegen 43 Stimmen angenommen. In der Entschließung ist die Annahme einer allgemeinen auf die 40stündige Arbeitswoche gestützten Konvention mit Beibehaltung der alten Löhne vorgesehen. Diese Konvention soll ein Rahmenabkommen, das alle Zweige der Industrie umfaßt, darstellen.

Die Annahme dieser Entschließung stellt gewissermaßen eine Ueberraschung dar, da man allgemein damit rechnete, daß dieser Beschluß nur gewisse Industriezweige betreffen wird.

Ueber die Debatte auf der Internationalen Arbeitskonferenz über die Herabsetzung der Arbeitszeit wäre noch folgendes nachzutragen:

Der tschechoslowakische Regierungsdelegierte Winter teilte mit, daß die Tschechoslwakei fest entschlossen sei, die 40stündige Arbeitswoche in verschiedenen Industriezweigen einzuführen. Der Ministerpräsident habe im Parlament erklärt, daß diese soziale Reform auf dem Dekretswege eingeführt werde, falls die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen nicht innerhalb kurzer Frist von sich aus zu einer Einigung gelangen sollten. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die gesetzgeberischen Körperschaften seines Landes ein entsprechendes Regierungsdekret genehmigen würden.

Der polnische Delegierte Szydlowski vertrat den Standpunkt der Mehrheit der Arbeitgebergruppe, wobei er ausführte, daß die Arbeitslosigkeit in Großbritannien und Deutschland beträchtlich zurückgegangen sei, obgleich in diesen Ländern von der 40stündigen Arbeitswoche keine Rede sei. Alle Länder kämpften seit Jahren gegen die Krise, und jedes wähle dabei diejenigen Möglichkeiten, die ihm am geeignetsten erscheinen. Diesen Standpunkt verfocht auch der britische Arbeitgeberdelegierte Lithgow in ausführlicher Weise.

Mit besonders warmen Worten trat der französische Arbeiterführer Leon Jouhaux für die 40stündige Arbeitswoche ein.

Der australische Regierungsdelegierte und Großindustrielle Stewart trat sehr entschieden für diese Sozialreform ein, die eines der wichtigsten Mittel darstelle, die Arbeitslosenkrise in wirksamer Weise zu bekämpfen und die industrielle Tätigkeit der technichen Entwicklung anzupassen. Den gleichen Standpunkt vertrat der Regierungsvertreter der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Hamilton, der darauf hinwies, daß in seinem Lande die Arbeitszeit in gewissen Industrien bis auf 30 Stunden pro Woche herabgesetzt worden sei. Die vom dänischen Delegierten Oersted im Namen der Arbeitgebergruppe gegen dieses Projekt vorgebrachten Einwände bezeichnete er als kindische Argumente, die im 18. und 19. Jahrhundert vielleicht ihre Berechtigung gehabt hätten, jetzt aber durch den Maschinismus vollständig entkräftet worden seien.

Der bekannte italienische Großindustrielle Olivetti teilte mit, daß durch die auf Grund von Kollektivverträgen eingeführte 40stündige Arbeitswoche, die seit Monaten in Kraft getreten sei, in Italien 225 000 Arbeiter, die der Arbeitslosigkeit anheim gefallen wären, wieder beschäftigt werden konnten. Der Delegierte sprach den Wunsch aus, daß eine verbindliche internationale Konvention allgemeinen Charakters, die eine gewisse Elastizität und Schmiegsamkeit aufweisen müsse, als Grundlage für die internationale Durchführung der Reform geschaffen werde. Die entgegengesetzte Auffassung vertrat der belgische Delegierte Gerard, der die Argumente Oersteds wiederholte.

Der amerikanische Arbeiterdelegierte Hedges führte aus, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit in den Vereinigten Staaten von Amerika seit dem März 1933 die Wiederbeschäftigung von 3½ Millionen Arbeitslosen ermöglicht habe.

Der irländische Arbeitgebervertreter O'Reilly sprach sich gegen eine internationale Regelung dieses Problems aus, bedauerte jedoch den Beschluß der Arbeitgebergruppe, keine Vertreter in die Kommission abzuordnen und bezeichnete diese Haltung als eine durch die Umstände nicht gerechtfertige Obstruktion. Schließlich protestierte auch die norwegische Regierungsdelegierte Frau Helga Kalsen gegen das Vorgehen der Arbeitgebergruppe, das einen eigentlichen Akt der Sabotage darstelle.

Die Arbeitslosigkeit in Polen.

Am 8. Juni wies die amtliche Arbeitslosenstatistik in ganz Polen 405 813 Arbeitslose auf. Mit Ausnahme von Lodz ist die Arbeitslosenziffer in allen Teilen des Landes gesunken. In Lodz ist ein Zuwachs der Arbeitslosigkeit um 473 Personen zu verzeichnen, so daß es hier am 8. Juni 33 201 Arbeitslose gab. Warschau hatte an diesem Tage 28 544 Arbeitslose (um 189 weniger als in der Vorwoche), Oberschlesien 120 074 (um 1778 weniger).

Lodzer Tageschronik.

140 Arbeiter in den Fabrikräumen verblieben.

Anfang dieser Woche ist es in der Fabrik von Warszawski in der Przendzalniana 20 zu einem Konflikt wegen der angekündigten Entlassung der Arbeiter gekommen. Da eine gütliche Beilegung des Konflikts nicht zu erreichen war, traten die Arbeiter in den Streik, wobei sie in den Fabrikräumen verblieben. Es streiken 140 Arbeiter. In Sachen dieses Konflikts fand gestern im Arbeitsinspektorat eine Konferenz statt, an der sowohl die Streikenden als auch Vertreter der Fabrikleitung teilnahmen. Eine Einigung konnte jedoch nicht erzielt werden, so daß der Streik weiter anhält. (a)

Unternehmer zu vier Wochen Arrest verurteilt.

Wie berichtet, ist vor einigen Tagen in der Eisenwarenfabrik „Zelazogwozdz", Bandurskistraße 9, ein Streik ausgebrochen. Die Ursache des Streikes war, daß sich die Fabrikleitung weigerte, eine Regelung der Löhne vorzunehmen. Es wurde daraufhin in der Fabrik eine Kontrolle durchgeführt, wobei festgestellt wurde, daß die Arbeiter länger als 8 Stunden täglich arbeiten mußten, ohne daß sie dafür entschädigt wurden und daß die tariflich festgesetzten Löhne nicht gezahlt wurden. Daraufhin wurde der Besitzer der Fabrik A. Besser und der Fabrikleiter Franciszek Niszczak zur Verantwortung gezogen. Das Strafreferat des Arbeitsinspektorats verurteilte den Fabrikbesitzer Besser zu vier Wochen Arrest und den Leiter Niszczak zu 200 Zloty Geldstrafe. Der Streik der Arbeiter dauert an. (a)

Beendigung des Schuljahres.

Morgen ist der letzte Schultag in dem diesjährigen Schuljahr; in den jüdischen Schulen findet schon heute der Abschluß des Schuljahres statt. — Die Aufnahmeprüfungen in den Lodzer Gymnasien finden vom Montag bis Mittwoch (17.—19. Juni) nächster Woche statt.

Die Zurückstellung militärpflichtiger Studierender.

Die Verwaltungs- und die Militärbehörden haben ein Rundschreiben des Kriegsministeriums in Sachen der Zurückstellung von Studierenden vom Militärdienst erhalten. Bisher wurden alle Studierenden bis zum 23. Lebensjahre ohne weiteres zurückgestellt, wobei aber Fälle vorkamen, daß die betreffenden jungen Männer vor Ablauf dieser Zeit das Studium unterbrachen, ihrer Militärpflicht aber nicht genügten. Angesichts dessen wird in dem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß eine solche Handlungsweise unzuläßig und strafbar ist. Bei Feststellung derartiger Fälle verlieren alle betreffenden Personen die ihnen im Zusammenhang mit ihrem Studium zustehenden Vergünstigungen. (a)

Einstellung eines Luxtorpedozuges.

Die Warschauer Eisenbahndirektion hat die Einstellung eines der zwischen Lodz und Warschau verkehrenden Luxtorpedozüge wegen geringer Frequenz angeordnet. Eingestellt wurde der Zug, der Warschau um 7.08 Uhr und Lodz um 11.45 Uhr verläßt.

Weitere Beleuchtung der Vorortstraßen.

Wir berichteten, daß zwischen der Stadtverwaltung und dem Elektrizitätswerk ein Uebereinkommen getroffen wurde, demzufolge in diesem Jahre in den Straßen der Vororte 226 elektrische Lampen neu installiert werden sollen. Wie wir jetzt erfahren, wird dieser Beleuchtungsplan noch erweitert werden, indem auch die Straßen: Wiadukt, General Prondzynski, Wiosenna, Orzeszkowa, Zdrojowa, Baltycka und Pogodna mit elektrischem Licht versehen werden sollen. In diesen Straßen werden 67 Lampen von je 100 Watt installiert werden. Außerdem wird gegenwärtig ein Plan für die Beleuchtung des Quellparkes und des Parkes bei den ZUPU-Häusern ausgearbeitet. Beide Parks sollen noch in diesem Sommer beleuchtet werden und würden dann bis 11 Uhr abends geöffnet sein. (a)

Ferienkindersache.

Es fehlen noch die Adressen folgender Kinder: Seemann Reinhold, Bersch Rudolf, Lorenz Alfred. Die Kinder werden gebeten, sich sofort in der Kirchenkanzlei, Petrikauer Straße 2, zu melden.

Die Aushebung des Jahrganges 1914.

Morgen, Sonnabend, haben sich die Rekruten wie folgt zur Musterung einzufinden: Vor der Aushebungskommission Nr. 1 in der Pierackistr. 18 die Rekruten des Jahrganges 1914 aus dem Bereiche des 11. Polizeikommissariats, deren Namen mit den Anfangs-Buchstaben O P R S Sz S und U beginnen. Vor der Kommission Nr. 2, Petrikaur 165, die Rekruten desselben Jahrganges aus dem Bereiche der Polizeikommissariate 1, 4, 6, 7, 10, 12, 13 und 14, die sich zu den bisherigen Terminen aus irgendwelchen Gründen nicht gemeldet haben.

Von einem Messerstecher überfallen.

In der Rzgowskastraße wurde der Josef Blaszczyk, wohnhaft Gornoslonska 35, von einem betrunkenen Manne überfallen, der ihm mit einem Messer zwei Stiche in die Schulter versetzte. Der Messerstecher wurde festgenommen. Er erwies sich als der Wojciech Makowski, ohne ständigen Wohnort. Dem verletzten Blaszczyk erteilte die Rettungsbereitschaft Hilfe. (a)

Starker Ausbau der russischen Textilindustrie.

Der Sowjetmarkt für die Lodzer Textilindustrie endgültig verloren.

Die Lodzer Textilindustrie, die in den ersten Jahren ihres Bestehens fast ausschließlich auf den russischen Absatzmarkt angewiesen war, ist daher an der Entwicklung der sowjetrussischen Textilindustrie stark interessiert. Bis zum Jahre 1933 hoffte die Lodzer Textilindustrie noch immer darauf, den Sowjetmarkt zu gewinnen, doch sind diese Hoffnungen nunmehr nach Meinung der interessierten Kreise vollkommen geschwunden.

Die Aussichten für die Ausfuhr Lodzer Textilwaren waren trotz der Schwierigkeiten äußerer Natur bis zur Beendigung des ersten Fünfjahresplanes in der Sowjetunion noch recht bedeutend. Denn zu jener Zeit war die sowjetrussische Textilerzeugung sowohl quantitativ als auch qualitativ recht gering. Der erste Fünfjahresplan war bekanntlich vor allem auf den Aufbau der sowjetrussischen Schwerindustrie, wie Maschinenbau usw., gerichtet. Im zweiten Fünfjahresplan, der gegenwärtig durchgeführt wird, wird die „leichtere" Industrie, vor allem die Textilindustrie ausgebaut. Dem Plan zufolge sollen noch in diesem Jahre in der Sowjetunion 12 Baumwollfabriken, 12 Wollfabriken, 18 Trikotagenfabriken und 11 Seidenfabriken errichtet werden, wobei die maschinelle Einrichtung neuester Konstruktion sein soll. Die sowjetrussische Leinenindustrie soll einer gründlichen Reorganisierung unterzogen und die Bekleidungsindustrie vollkommen mechanisiert werden. Es ist klar, daß bei einem derartigen Industrieausbau die Produktion sehr groß sein kann. Für das Jahr 1937 sieht der Sowjetplan die Herstellung von 5100 Mill. Meter Baumwollstoff vor, was im Vergleich zum Jahre 1932 eine Steigerung um 188 Prozent bedeutet.

Diese schnelle Entwicklung der sowjetrussischen Textilindustrie ist schon im Hinblick auf die großen Vorräte an Rohstoffen in der Sowjetunion, und zwar sowohl Baumwolle wie Leinen möglich. Was die Rohbaumwolle betrifft, so befindet sich die sowjetrussische Textilindustrie in einer besonders guten Lage. Die Baumwollpflanzungen nehmen in der Sowjetunion von Jahr zu Jahr zu. Während im Jahre 1913 in Rußland eine Fläche von kaum 0,69 Hektar mit Baumwolle angepflanzt wurde, gab es in der Sowjetunion im Jahre 1929 bereits 1,06 Millionen Hektar Baumwollplantagen, im Jahre 1931 — 2,14 Millionen Hektar, 1932 — 2,17 Millionen Hektar; im Jahre 1933 ist die Baumwollanbaufläche im Zusammenhang mit der Reorganisation der landwirtschaftlichen Struktur der Sowjetunion wieder etwas zurückgegangen, und zwar auf 2,05 Millionen Hektar. Die Baumwollproduktion in Rußland stieg in brutto von 7,4 Millionen Zentner im Jahre 1913 auf 12,7 Millionen Zentner im Jahre 1932 und auf 13,2 Millionen Zentner im Jahre 1933. Die Sowjetunion verbraucht die Baumwolle heute schon nicht mehr allein für eigene Zwecke, sondern versucht, diese ins Ausland auszuführen.

Diese Entwicklung der sowjetrussischen Textilindustrie wirkt sich auf die polnische Industrie schon jetzt überaus nachteilig aus und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie künftig zu einer recht bedeutsamen Konkurrenz auf den gegenwärtigen Absatzmärkten der Lodzer Textilndustrie, insbesondere in den baltischen Ländern werden kann.

Wieder einige Lebensmüde.

In seiner Wohnung in der Kasztelanska 26 unternahm der arbeitslose Michal Marciniak einen Selbstmordversuch, indem er eine giftige Flüssigkeit trank. Zu dem Lebensmüden wurde die Rettungsbereitschaft gerufen, die ihn in schwerem Zustande ins Radogoszczer Krankenhaus überführte. Die Ursache der Verzweiflungstat sollen Familienstreitigkeiten infolge Not sein. — In ihrer Wohnung in der Kilinskistraße 17 trank die Rifka Lewi in selbstmörderischer Absicht Salzsäure. — Im Poniatowskipark trank die Anna Rogut, ohne ständigen Wohnort, ein unbekanntes Gift. — Auch die beiden lebensmüden Frauen wurden ins Krankenhaus geschafft.

Blutige Schlägerei zwischen betrunkenen Frauen.

Bei der Walerja Sapieja, Szara 14, war deren Schwägerin Antonina Wronka und deren Schwester Kazimiera Jozwiak zu Besuch. Die Frauen tranken reichlich Schnaps und als sie bereits stark betrunken waren, kam es zwischen ihnen zu einem Streit, der bald in eine Schlägerei überging. Die rauflustigen Frauen schlugen mit allerlei Gegenständen, u. a. auch mit den leergetrunkenen Schnapsflaschen, aufeinander ein, wobei sie alle drei erhebliche Verletzungen davontrugen. Den verletzten Frauen erteilte die Rettungsbereitschaft Hilfe. (a)

Im Volkspark erhängt.

Gestern früh bemerkte ein Forsthüter im Volkspark an der Konstantiner Chaussee einen Mann, der sich dort in verdächtiger Weise zu schaffen machte. Er ging dem Manne nach, fand ihn aber bereits an einem Baume erhängt auf. Der Forsthüter schnitt den Mann sofort ab und stellte Wiederbelebungsversuche an, die jedoch vergeblich waren. Die Polizei stellte fest, daß der Tote Leon Jozwiak heißt. Er war Korbmacher von Beruf, 25 Jahre alt, aber erwerbslos, so daß er meistens im Nachtasyl an der Ementarnastraße übernachtete. (p)

3½ Jahre Gefängnis für einen Betrüger.

Der wegen verschiedener Betrügereien vorbestrafte Franciszek Zawadzki gab sich unrechtmäßig als Vertreter einer Krakauer Genossenschaftsbank aus und betrog die Anna Zawadzka, Wolborska 9, und einen Henryk Migdal um ihre Anleiheobligationen. Dafür wurde der Betrüger jetzt zu 3 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. (a)

Wegen Verteilung von Flugblättern schwer bestraft.

Der 26jährige Rachmil Birnbaum, der 27jährige Uszer Szymon Eselsburger und die 20jährige Sura Laja Bornstein wurden am 29. Januar d. J. dabei gefaßt, als sie in der Miljonowastraße kommunistische Plakate ausklebten. Sie wurden deswegen gestern verurteilt, und zwar Birnbaum zu anderthalb Jahre Gefängnis und Eselsburger und die Bornstein zu je ein Jahr Gefängnis.

Kontrolle der Heilmittel.

In der letzten Zeit sind zahlreiche Heilmittel im Handel erschienen, für deren Herstellung keine Genehmigung erteilt wurde. Die zuständigen Stellen haben daher eine Kontrolle aller im Handel befindlichen Heilmittel angeordnet. (a)

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken.

A. Potasz, Plac Koscielny 10; A. Charemza, Pomorska 12; E. Müller, Piotrkowska 46; M. Epstein, Piotrkowska 225; Z. Gorczycki, Przejazd 59; G. Antoniewicz, Pabianicka 50.

Aus dem Reiche.

Erweiterung der städtischen Saisonarbeiten in Tomaschow und Zgierz.

Die Stadtverwaltung von Tomaschow hat die Kredite zur Führung der städtischen Arbeiten bereits zugewiesen bekommen und hat im Zusammenhang damit die Arbeiten erweitert. In erster Linie sollen die Krzyzowa- und die Antoniegostraße umgepflastert werden. Die weiteren Arbeiten sollen nach dem festgelegten Plan geführt werden.

Auch in Zgierz wurden die städtischen öffentlichen Arbeiten in größerem Umfange aufgenommen. Es wird gegenwärtig die Krolewskastraße ausgefüllt, die dann gepflastert werden soll. Bei den städtischen Arbeiten in Zgierz sind gegenwärtig 400 Arbeiter beschäftigt. (a)

Die Schwester vom 4. Stock heruntergeworfen.

In Posen waren die beiden Brüder Roman und Mieczyslaw Cichocki mit ihrer 22jährigen Schwester Helene in einen heftigen Streit geraten, in dessen Verlauf die beiden Brüder ihre Schwester aus dem vierten Stock auf den Hof warfen, so daß sie mit zerschmetterten Gliedern tot liegen blieb. Die beiden Unmenschen wurden in Haft genommen.

Pabianice. Ein weiblicher Zuhälter. In der Zamkowastraße in Pabianice wurden Vorübergehende durch eine Schlägerei zwischen zwei Frauen alarmiert. Es erwies sich, daß eine gewisse Bronislawa Michalska, wohnhaft Piaskowa 15, von der Prostituierten Wladyslawa Szymczak geschlagen wurde. Die Szymczak hatte die seit längerer Zeit arbeitslose Michalska zur Unzucht überredet, wobei sie ihr jedoch einen großen Teil der Einnahmen abnahm. Als sich die Michalska dann weigerte, der Zuhälterin Geld abzuliefern, überfiel diese sie auf der Straße. Zu der verletzten Michalska mußte ein Arzt gerufen werden; die Szymczak wurde festgenommen.

— Wilde Fahrt eines betrunkenen Chauffeurs. Ein ungewöhnlicher Vorfall ereignete sich in der Lutomierskastraße in Pabianice. Aus der Richtung des Dorfes Karniszewice bei Pabianice fuhr ein Auto, das von dem Chauffeur Kazimierz Turek ge-

lenkt wurde. Turek kam von einer Hochzeit, wo er mit Schnaps bewirtet wurde. Der betrunkene Chauffeur vermochte daher das Auto nicht mehr zu beherrschen und fuhr an einer Biegung gegen die Schutzsäulen der hier in eine Vertiefung führenden Eisenbahnlinie. Die Säulen wurden umgerissen und das Auto stürzte hinab. Es wurde vollkommen zertrümmert. Der Chauffeur kam wie durch ein Wunder mit dem bloßen Schrecken davon.

Lask. Ein Schrankenwärter von einem Auto überfahren. Im Dorfe Dziadkowice, Gemeinde Balucz, Kreis Lask, war der Schrankenwärter Franciszek Cieslarczyk, 37 Jahre alt, mit der Ausbesserung der Eisenbahnüberfahrt beschäftigt. In dem Moment kam ein Auto in schneller Fahrt herangefahren und überfuhr den Cieslarczyk. Diesem wurden beide Arme sowie mehrere Rippen gebrochen. In schwerem Zustande wurde er ins Krankenhaus geschafft. Das Auto fuhr in schneller Fahrt davon. (a)

Tomaschow. Schrecklicher Tod eines blinden Passagiers. Auf dem Dache eines Waggons des von Koluschki nach Tomaschow fahrenden Eisenbahnzuges hatte ein etwa 15 Jahre alter Bursche eine Schwarzfahrt unternommen. Als der Zug die Eisenbahnbrücke über die Pilica passierte, schlug der Bursche mit dem Kopf gegen eine Eisenstange und erlitt den Tod auf der Stelle. Der Tote fiel darauf vom Waggon herunter und wurde nach einiger Zeit vom Streckenwärter neben den Schienen gefunden. (a)

Zelow. Mord auf einem Trinkgelage. In Zelow im Kreise Lask ereignete sich ein tragischer Vorfall. Bei dem Jan Tesarz weilte dessen Bruder Emil Tesarz aus Pabianice zu Besuch, auch war der Nachbar des Tesarz, der 47jährige Jan Bordowicz, zugegen. Die drei Männer sprachen dem Alkohol sehr reichlich zu, und als dann die Köpfe bereits erhitzt waren, gerieten die Männer bei einem politischen Gespräch aneinander. Dabei wurde Emil Tesarz von einer solchen Wut gepackt, daß er einen Revolver zog und den Bordowicz durch zwei Schüsse tot niederstreckte. Tesarz wurde verhaftet. (a)

Kalisch. Unfall auf einer Bahnüberfahrt. Auf der Bahnüberfahrt der Schmalspurbahn zwischen Zborow und Zelazkow, Kreis Kalisch, wurde ein Bauernwagen, auf welchem die Michalina Witczak mit ihren fünf Kindern saß, von der Lokomotive ergriffen und zerschmettert. Die Frau und zwei Kinder erlitten ernstliche Verletzungen und mußten ins Krankenhaus geschafft werden, während die anderen drei Kinder nach Hause gebracht werden konnten. (a)

Radio-Programm.

Sonnabend, den 15. Juni 1935.

Warschau-Lodz.
6.36 Gymnastik 7.35 Schallplatten 12.15 Konzert 13.05 Mandolinenmusik 13.30 Opernfragment 14.30 Schallplatten-Neuheiten 16 Technischer Briefkasten 16.15 Konzert 17.45 Debussy-Konzert 18.15 Ganz Polen singt 18.45 Orgelwerke 19.30 Lieder 19.50 Plauderei 20 Saint Saens: Der Totentanz 21 Sendung für die Auslandpolen 21.30 Der Wald in der Musik 22 Sport 22.30 Kleines Orchesterkonzert.

Kattowitz.
18.30 Kinderbriefkasten 20 Plauderei.

Königswusterhausen (191 kHz, 1571 M.)
6.15 Morgenmusik 10.15 Kinderfunkspiele 12 Frohes Wochenende 14 Allerlei 15.15 Kinderbastelstunde 16 Froher Nachmittag 19 Märsche 20.15 Operette: Banditenstreiche 23 Wir bitten zum Tanz.

Breslau (950 kHz, 316 M.)
12 Buntes Wochenende 16 Froher Sonnabend 20.10 Rundfunksprecherwettbewerb 22.30 Tanzmusik.

Wien (592 kHz, 507 M.)
12 Konzert 14 und 23.45 Schallplatten 16.45 Lieder 17.25 Wunschkonzert 20 Heiteres Spiel: Ein Wiener Komödiant 22.10 Unterhalungskonzert.

Prag.
12.30 Blasmusik 15 Orchesterkonzert 16.30 Leichtes Konzert 18.10 Arbeiterfunk 18.20 Männerchöre 19.30 Operette: Die schöne Saskia 21 Buntes Konzert 22.45 Unterhaltungsmusik.

Achtes Konzert aus dem Zyklus „Fünf Jahrhunderte Kammermusik".

In diesem Konzert, das heute um 17 Uhr die polnischen Sender übernehmen, werden die Zuhörer in die Anfänge des französischen Impressionismus hineingeführt. Zur Ausführung gelangt das Klavierquartett C-Moll, op. 15, von Gabriel Faure, des französischen Komponisten, der als der Vater des französischen Impressionismus angesehen wird. Ausführende werden sein: Lydia Kinirow (Geige), Ignacy Rozenbaum (Klavier), Mieczyslaw Szaleski (Alt) und Rafael Halber (Violoncello).

Vergessene Ouvertüren.

In der Sommersaison wird das Warschauer Studio eine Reihe von Sinfoniekonzerten unter Leitung des Kapellmeisters Gregor Fitelberg geben, die von leichterem Charakter als die Winterkonzerte sein, aber dennoch auf hoher künstlerischer Stufe stehen werden. Das erste dieser Konzerte, welches heute um 21 Uhr gegeben wird, wird einige zum Teil wenig bekannte oder vergessene Ouvertüren enthalten.

Oberschlesien.

Blüh' im Glanze deines Glücks!

Aus Pschow wird uns geschrieben: Es ist nur zu natürlich, daß die deutsche „Erneuerung" auch bei den Reichsdeutschen unserer Ortschaft Einzug gehalten hat. Sie haben jetzt die „Volksgemeinschaft" entdeckt und sind bemüht, die Methoden des Dritten Reiches auch in die Praxis umzusetzen. Da es ihnen an die nötigen Bolschewisten und Marxisten fehlt, so müssen eben die „Volksgenossen" dazu herhalten . Als das Dritte Reich noch in weiter Ferne lag, da gab es reinliche Scheidung; der Prolet war Prolet und der Angestellte eben der Beamte. Dieser Gegensatz ist endlich ausgelöscht, die „Volksgemeinschaft" funktioniert, bis auf Kleinigkeiten, die die Zersetzung forttreiben. Und da muß man eben die Hilfe des Generalkonsulats in Anspruch nehmen, wenn einer der Volksgenossen aus der Reihe tanzen will.

Es sind da gegen 50 Personen, für die die Unterstützung von Kattowitz abgeholt werden und da springt für den Vertrauensmann etwas ab. Zwei Streithähne sind aber zuviel, und nun hat das Generalkonsulat begreifliche Sorgen, um sich der Beschwerden zu entledigen, die da auf den Tisch des Hauses täglich fliegen. Und nun erfahren die Streithähne, daß sie nicht einmal würdig sind, über sich selbst Auskunft zu erteilen, sondern ausgerechnet ein früherer Kommunist diese ehrenhafte Beschwerde zu prüfen hat. Natürlich ist er auch noch Pole, wie man in einer Beschwerde nach Kattowitz mitteilt. Und da haben die zwei Streithähne sofort eine „Einheitsfront" geschaffen und ziehen gegen den angeblichen Kommunisten los, drohen sogar mit der Breslauer Gauleitung, wenn das an der Beschwerdestelle nicht anders wird Und siehe da, dieser „Kommunist" erfährt auch von dieser Beschwerde, und nun gehen die Streithähne wieder nach Unterschriften herum, um zu zeigen, was für ein Gauner jeder von ihnen ist.

Und da man schon die deutsche „Volksgemeinschaft" gründlich bereinigt, so klagt man einander auch der Beteiligung am Aufstand an. Böse Zungen behaupten, daß sogar schon das Personal einer gewissen deutschen Stelle erweitert werden mußte, um all die Beschwerden zu prüfen und die „Volksgemeinschaft" zu reparieren. Alles „Heilen" nützt da nichts, auch nicht die Teilnahme an den Ratiborer Kundgebungen; auf dem Rückweg nach der „Einigkeit" des reichsdeutschen Volkes unter sich, bietet man sich allerhand Lieblichkeiten an und verspricht, daß man diesen „Lumpen" endlich beseitigen wird. Der Stehkragenprolet gegen den Arbeitsproleten, und alles um die paar Groschen, die das Herüberschaffen der Unterstützung einbringt. Man muß sagen, daß diese „Volksgemeinschaft" des ewigen Haders das einzige ist, was die Volksgenossen hier zusammenhält. Ja, manch einer sagt es offen, als noch die Weimarer „Judenrepublik" da war, wäre so eine Schweinerei nicht möglich gewesen, jetzt läßt man einander beschnüffeln, damit man selbst denunzieren kann und „heilt" sich weiter als Volksgenosse an. Ja, das ist der „deutsche Sozialismus", der marxistische Sozialismus ist allerdings anderen Schlages, da gibt es Genossen und Volk, und kein Lumpenpack.

Die Giftmordaffäre in Zawodzie.

Ein zweites Opfer der Wloka. — Aushebung und Sezierung der Leiche.

Wir haben bereits vor einigen Tagen berichtet, daß die Staatsanwaltschaft auf Grund einer Anzeige des Schwiegersohnes eines gewissen Wloka, der unter eigentümlichen Umständen verstarb, dessen Witwe und Tochter unter dem Verdacht des Giftmordes verhaften ließ. Unter allgemeinem Interesse der Bevölkerung von Zawodzie und Bogutschütz fand nun am Mittwoch auf dem Friedhof zu Bogutschütz die Aushebung und Sezierung der Leiche des vergifteten Invaliden Wloka statt, dem seine Ehefrau im Einverständnis und Mithilfe ihrer Tochter teils in Speisen, teils in Alkohol, Arsenik verabfolgt haben soll. Das Gift selbst wurde von dem Schwiegersohn Sikora beschafft, der jetzt auch Ankläger gegen die Schwiegermutter und seine Frau ist, jedoch jede Mittäterschaft ableugnet, hingegen aber zugibt, das Arsenik besorgt zu haben, ohne zu wissen, wofür es Verwendung finden sollte. Der Tod seines Schwiegervaters überraschte ihn nicht. Frau Wloka und deren Tochter sind geständig, dem Wloka das Gift in kleinen Rationen verabfolgt zu haben. Auf dem Friedhof haben sich zahlreiche Neugierige eingefunden, trotzdem die Polizei eine Absperrung vornahm. Die Untersuchung wird von Dr. Zdankiewicz beim Kattowitzer Bezirksgericht geleitet, als Arzt war Dr. Koloczek zugegen, seitens der Familie Wloka ist die Tochter des Vergifteten aus erster Ehe, eine gewisse Pawliszewski, anwesend gewesen.

Innerhalb der Anwesenden verwies man auf den gleichartigen Tod eines gewissen Johann Sliwa, der ein Freund des Wloka war und mit ihm des öfteren bei Wloka Alkohol genoß, in welchem angeblich die Wloka oft Wasser zumischte, in dem Arsenik enthalten war.

Ueber die Ursachen des Giftmordes befragt, nimmt die Pawliszewski an, daß es ausschließlich Geldursachen waren. Wloka bezog eine Pension von 250 Zloty, liebte einen zu trinken und hatte deshalb mit seiner Frau Differenzen. Ferner erhielt Wloka einmal eine Nachzahlung von 1100 Zloty, die unbekannte Verwendung fanden, nach seinem Tode erhielt die Witwe weitere 900 Zloty; auch war Wloka versichert, so daß die Witwe weitere 1800 Zloty erhielt. Die Pawliszewski kann andere Ursachen nicht annehmen. Hingegen gibt die Witwe nach dem Wloka an, daß sie von ihm wiederholt geschlagen und im allgemeinen schlecht behandelt wurde, sie muß aber zugeben, daß er immer gewissenhaft war und nicht nur seiner Arbeit nachging, sondern auch um die Familie sorgte. Wie es jetzt heißt, soll die Unzufriedenheit in die Familie der Schwiegersohn Sikora hineingetragen haben, der eines Tages den Ermordeten derartig verprügelte, daß dieser ohnmächtig dalag und man schon damals glaubte, daß er verstorben sei. Die Untersuchung scheint abgeschlossen zu sein, so daß das Gericht demnächst diesen Fall zu entscheiden haben wird. Die Wloka, ihre Tochter und Sikora befinden sich in Freiheit, allerdings unter Polizeiaufsicht.

Der Führer der polnischen Nazis als Raubanstifter.

Die Affäre des Raubüberfalles auf den Bahnhof Gieraltowitz, welcher seinerzeit von der Organisation der „Kirschhemden "angestiftet wurde, scheint noch immer keinen Abschluß zu finden, obgleich schon in einer Reihe von Prozessen einige der Teilnehmer zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Neuerdings hat sich dem Gericht ein gewisser Domogalla zur Verfügung gestellt, den man zunächst nach der Tat nicht ermitteln konnte und auf den die bisherigen Angeklagten als den Haupttäter alle Schuld abwälzten. Domogalla hatte sich nun vor dem Rybniker Bezirksgericht zu verantworten. Er schilderte den bekannten Ueberfall auf die Eisenbahnkasse in Gieraltowitz und bekannte sich schuldig, jedoch wälzte er alle Schuld auf den Führer der Kirschhemden, den Nationalsozialisten Gralla, als den Urheber dieses Ueberfalles ab, der ihn beeinflußt hat und die Meinung aufkommen ließ, daß durch dieses Geld die „Kirschhemden" illegal ihre politische Tätigkeit fortsetzen können. Als dem Domogalla die Verurteilungen seiner Mithelfer bekannt wurden, war er in Lodz, erhielt von seiner Frau das Bahngeld und stellte sich dem Gericht. Die Verhandlung ergab nichts Neues, bis auf die Tatsache, daß Domogalla alle Schuld auf den Naziführer abschiebt. Das Gericht verurteilte Domogalla zu zwei Jahren Gefängnis. Gegen das Urteil erhob der Staatsanwalt sofort Einspruch.

Eine halbe Million als Sonderunterstützung.

Wie die „Polska Zachodnia" aus bestunterrichteter Quelle aus Warschau zu berichten weiß, hat der Arbeitsfonds für die Unterstützung der Arbeitslosen in Schlesien für den Monat Juni eine halbe Million Zloty gewährt, die ausschließlich der Wojewodschaft Schlesien zugute kommen soll.

Deutscher Sozialistischer Jugend-Bund.

Die Ortsgruppe Kattowitz des DSJB veranstaltet am Sonntag, dem 23. Juni, abends 8 Uhr, im Saale des Zentralhotels eine außerordentliche

Mitgliederversammlung

zu welcher auch Gäste herzlichst eingeladen sind.

Erscheine auch Du pünktlich!

Der Ortsvorstand.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Arbeitersänger!

Sämtliche Sänger, die im „Fortschritt"-Chor teilgenommen haben, werden ersucht, Freitag, den 14. Juni, abends 7.30 Uhr, nach dem Lokal Petrikauer Straße 109 zu kommen.

Monatsversammlung der Ortsgruppen.

Lodz-Zentum: Sonnabend, den 22. Juni, abends 7 Uhr
Lodz-Süd: Sonnabend, den 29. Juni, vormittags 10 Uhr
Lodz-Nord: Sonnabend, den 15. Juni, abends 7 Uhr.
Lodz-Ost: Sonnabend, den 22. Juni, abends 7 Uhr.
Nowe-Zlotno: Sonnabend, den 22. Juni, abends 7 Uhr
Chojny: Sonnabend, den 15. Juni, abends 7 Uhr
Ruda-Pabianicka: Sonnabend, den 15. Juni, abends 7 Uhr, Generalversammlung.
Zgierz: Sonntag, den 16. Juni, vormittags 10 Uhr.

Die Mitglieder werden aufgefordert, die Monatsversammlungen vollzählich zu besuchen.

Ortsgruppe Ruda-Pabianicka. Generalversammlung. Sonnabend, den 15. Juni, findet um 8 Uhr abends im Parteilokale Gornastraße 36 die diesjährige ordentliche Generalversammlung statt. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Wenn Sozialisten regieren...

Die Krisenbekämpfung in Skandinavien.

Nachdem die Sitzungsperiode des schwedischen Parlaments zu Ende geht, dürfte man nach einem Rückblick feststellen können, daß die Regierung auf der ganzen Linie ihre Stellung behauptet hat und daß das Zusammengehen mit der Bauernpartei auch in diesem Jahre gute Früchte getragen hat. Die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft als auch der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind ohne nennenswerte Abänderungen vom Parlamente genehmigt worden. Erst in diesen Tagen wurde die Neuordnung der Volkspension wie auch der 35-Millionen-Anschlag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genehmigt. Daneben sind zahlreiche Einzelvorschläge zur Hebung des Wohnungsstandards sowie Mittel zur Schaffung moderner Wohnstätten für kinderreiche Familien bewilligt, so daß die Pläne der Regierung nun in weitestem Maße in die Tat umgesetzt worden sind. Die größte Ueberraschung bot die Regierung der bürgerlichen Opposition jedoch durch die Zurücknahme des von ihr ausgearbeiteten Vorschlags eines Gesetzes zum „Schutze Dritter bei Arbeitsstreitigkeiten". Nachdem in den Beratungen des Ausschusses die Rechtsopposition gesehen hatte, daß sie ihre Absicht, mit diesem Gesetz eine Klassengesetzgebung zu schaffen, nicht verwirklichen konnte, weil Arbeiter- und Bauernpartei sich einem gesetzlichen Schutze der Streikarbeit gemeinsam widersetzten, ließ sie den Vorschlag fallen. Da gerade die Rechtsopposition seit Monaten ein solches Gesetz gegen den „Gewerkschaftsterror" gefordert hatte — aus welchen Gründen ist heute nicht mehr unklar —, nun aber auf eine solche Gesetzgebung verzichtete, widerrief die Regierung ihren Vorschlag, der ja nur als Kompromiß von ihr beabsichtigt war, um eine Klassengesetzgebung zu verhindern

Man kann die vergangene parlamentarische Session als weiteres Plus für die sozialdemokratische Regierung buchen, die unbeirrt des kläglichen Geschreis der bürgerlichen Opposition in engster Zusammenarbeit mit der Bauernpartei an ihrem Ziele arbeitet: „Schweden ein Volksheim!"

•

Das norwegische Storting nahm mit 90 gegen 51 Stimmen den Antrag auf Bekämpfung der Wirtschaftskrise an. Die Annahme des erwähnten Projektes bedeutet eine neue politische Konstellation im norwegischen Parlament. Nach dem im Frühjahr erfolgten Sturz des liberalen Kabinetts Mohwinkel und der Bildung einer Regierung aus der Arbeiterpartei, die über 69 von 150 Mandaten verfügt, kam es zu Verhandlungen zwischen der Arbeiterpartei und der Agrarpartei, deren Ergebnis ein Kompromißantrag auf Bekämpfung der Wirtschaftskrise war.

Im Sinne dieses Projekts werden die präliminierten Ausgaben im künftigen Finanzjahr von 409 Millionen um 26 Millionen auf 435 Millionen Kronen erhöht. Der Plan sieht die Erhöhung der Posten für öffentliche Arbeiten und Hilfsmaßnahmen für die Landwirte und Fischer vor. Es handelt sich besonders darum, für die landwirtschaftliche Industrie bessere Bedingungen zu sichern, und zwar in der Weise, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte erhöht werden. Zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben wurden die direkten Steuern mäßig erhöht und im Kleinhandel die Umsatzsteuer eingeführt.

Sowohl die Agrarpartei als auch die Arbeiterpartei heben hervor, daß es sich bei diesem Kompromiß um keine Koalition zwischen den beiden Parteien handelt.

Neurath — Botschafter in Rom?

Paris, 13. Juni. Der Berliner Korrespondent der Agence Havas verzeichnet die Gerüchte, denen zufolge der Außenminister von Neurath zum Botschafter in Rom ernannt werden soll, welche Funktion er bereits seinerzeit versah. Der bisherige Botschafter in Rom von Hassell soll zum Botschafter in Paris ernannt werden.

Wiederaufnahme der englisch-deutschen Flottenbesprechungen.

Berlin, 13. Juni. Die deutsche Flottendelegation unter Führung des Botschafters von Ribbentrop hat sich am Donnerstag wieder nach London zurückbegeben, wo die Verhandlungen am 14. Juni wieder aufgenommen werden.

Der Kirchenkampf in Deutschland.

Die Bekenntniskirche will als die rechtmäßige evangelische Kirche Deutschlands anerkannt werden.

Berlin, 13. Juni. Die Reichsbekenntnissynode in Augsburg hat zwei Botschaften gutgeheißen. Die eine nennt sich „Ein Wort an die Gemeinden" und wurde am Pfingstsonntag von allen Kanzeln, wo die Pfarrer der Bekenntniskirche predigten, vorgelesen. Die zweite Erklärung ist als „Ein Wort an den Staat" betitelt und soll in den nächsten Tagen von einer Delegation, die aus Präses Koch, Bischof Marahrens und dem bayrischen Oberkirchenrat Breit besteht, dem Reichsministerium des Innern in Berlin überreicht werden. In diesem Dokument wird die Reichsregierung ersucht, die Bekenntniskirche als die rechtmäßige evangelische Kirche Deutschlands anzuerkennen. Die Verhandlungen in Augsburg haben zur Annahme einer Synadalverfassung geführt, die eine unter Beteiligung sämtlicher Mitglieder der evangleischen Kirchengemeinden, also auf demokratischer Grundlage gewählte Nationalsynode vorsieht. Die Reichsbekenntnissynode, die nur ein Notorgan darstellte und von den Bruderräten der Landeskirchen und Provinzen beschickt war, würde demnach verschwinden, um der auf dauerhafter konstitutioneller Grundlage errichteten Nationalsynode als oberster Vertretung der evangelischen Kirche Platz zu machen.

Das in den Pfingstgottesdiensten bekanntgegebene „Wort an die Gemeinden" läßt erkennen, daß die Bekenntniskirche an ihren grundsätzlichen Forderungen festhält und mit der Freilassung der verhafteten Pfarrer noch nicht zufriedengestellt ist. Die Leiden der Gegenwart, so heißt es in der Erklärung, seien nicht imstande, die Kirche zu schrecken, da diese nicht Menschensache sei und deshalb unüberwindlich bleibe.

Nira-Gesetz verlängert.

Washington, 13. Juni. Der amerikanische Senat nahm am Donnerstag früh mit 41 gegen 13 Stimmen die vorläufige Verlängerung der „Nira" in beschränkter Form an.

Lodzer Stadtbudget noch nicht erledigt.

Das nationaldemokratische Gesicht des Budgets. — Die bürgerliche Einheitsfront gegen die Arbeitervertreter. — Die Sanacja verzögert die Erledigung des Budgets.

Die gestrige mit großer Spannung erwartete Sitzung des Lodzer Stadtrats hatte bis zur Erledigung der dritten Lesung des Budgets einen normalen Verlauf. Die Verwarnung des Innenministers, deren Wortlaut wir in der Hauptsache bereits früher veröffentlicht haben, hat keine besondere Wirkung auf die Stimmung des Stadtrats ausgelöst, wahrscheinlich darum, weil sie schon vordem allen Beteiligten bekannt war. Das Budget hat das Gesicht, das ihm die nationaldemokratische Mehrheit in der Budgetkommission gegeben hat, behalten. Nur wenige nicht wesentliche Aenderungne haben im Plenum des Stadtrats eine Mehrheit erhalten. Wie nicht anders zu erwarten war, wurden **sämtliche arbeiterfreundliche Anträge abgelehnt.** So wurde u. a. der Antrag der Sozialisten auf Einstellung einer Summe von einer halben Million Zloty zur Unterstützung der Arbeitslosen und Bedürftigen abgelehnt. Ebenso die sozialistischen Anträge auf Erhöhung der Position für Krankenhauspflege um 20 000 Zloty, Erhöhung der Position für Tuberkulosebekämpfung um 30 000 Zloty, auf Beibehaltung der Beratungsstelle für bewußte Mutterschaft, Erhöhung der Position für Wöchnerinnenpflege um 25 000 Zloty, für Beibehaltung der städtischen Werkstätten, Erhöhung der Position für Rechtsberatung und selbstverständlich auch alle Anträge auf Subsidierung der Kulturinstitutionen der Arbeiterschaft, wie „Fortschritt", „Tur" und „Kulturliga". Alle obigen Anträge der sozialistischen Fraktion fanden in den Augen des Bürgertums, von den Endeken bis zu den orthodoxen Juden, keine Gnade. Lediglich der sozialistische Antrag auf Einstellung von 10 000 Zloty zur Bekämpfung der Trunksucht fand eine geringe Mehrheit.

War sich das Bürgertum in der Ablehnung der sozialistischen Anträge einig, so vergaß es seine besonderen Streitfragen nicht. So wurden nicht allein, mit einer unwichtigen Ausnahme, sämtliche jüdischen Subventionsanträge, sondern auch die Anträge der Sanacja und der christlichen Demokraten abgelehnt; so die Sanacjaanträge auf Erhöhung der Subvention für die Feuerwehr von 230 auf 280tausend Zloty, wobei das Nationale Lager die Ablehnung mit der kommissarischen Wirtschaft in der Verwaltung der Freiwilligen Feuerwehr motivierte, ferner das Subsidium von 50 000 Zloty für die „YMCA", 50 000 Zloty für die „Vereinigung der Vaterlandsverteidiger", die Subvention für den Bau des Pilsudskihauses, die Subvention für den Sportverein „LKS" sowie die Erhöhung der Subvention für „Militärische Vorbereitung" um 10 000 Zloty. Die Nationaldemokraten haben sogar bereits bewilligte Positionen für christlich-demokratische Institutionen durch Streichungsanträge zu Fall gebracht und somit für das Ausscheiden dieser Gruppe aus dem Nationalen Lager Vergeltung geübt.

Wie gesagt, das Budget behielt im Großen das Bild, das ihm die Nationaldemokraten gaben. Es ist das ein arbeiterfeindliches und minderheitenfeindliches Budget. Es muß ausdrücklich betont werden, daß die Möglichkeit, das Budget in der dritten Lesung für die Arbeiterschaft und für die Minderheiten besser zu gestalten, bestand, doch haben, wie nicht anders zu erwarten war, die übrigen bürgerlichen Gruppen ebenso wie die Nationaldemokraten eine solche Besserung verhindert, sie bildeten in diesem Falle eine bürgerliche Einheitsfront gegen die Arbeiterschaft.

Das überraschende Moment der Sitzung kam erst, als die Lesung der einzelnen Positionen beendet war und die Schlußabstimmung über das ganze Budget vorgenommen werden sollte. Es ist üblich, daß vor dieser Abstimmung die einzelnen Fraktionen durch Erklärungen ihre Stellungnahme zum Budget bekanntgeben. Und nun verlangte der Stadtverordnete Wolczynski das Wort und erklärte zur großen Ueberraschung des Stadtrates, daß in Anbetracht der unerhofften Gestaltung des Budgets die „Sanacjafraktion" ihre Stellungnahme einer Prüfung unterziehen müsse, sie sei somit für die Abgabe einer Erklärung nicht vorbereitet und ersuche um die Anberaumung einer weiteren Sitzung zur endgültigen Verabschiedung des Budgets. Diesem Wunsche schlossen sich beide jüdischbürgerlichen Fraktionen an.

Stv. Kowalski opponierte heftig gegen die Verschiebung der Schlußabstimmung. Er wies darauf hin, daß die Fraktionen gewußt haben, um was es gehe, also Gelegenheit hatten, sich zur Abgabe von Erklärungen vorzubereiten. Er müsse feststellen, daß gewisse Kreise mit Vorbedacht die Verabschiedung des Budgets unmöglich machen.

Der Regierungskommissar erteilte hierbei dem Stv. Kowalski einen Ordnungsruf und erklärt sodann, daß er dem Wunsche der drei Fraktionen, die eine bedeutende Zahl von Stadtverordneten repräsentieren, nachkommen müsse. Stv. Walczak erklärt, daß die sozialistische Fraktion jederzeit bereit sei, zum Budget Stellung zu nehmen, es ihr daher gleichgültig sei, ob sie es sofort oder in einer nächsten Sitzung tun werde. Nach einem etwas erregten Wortwechsel zwischen dem Kommissar und den Nationaldemokraten ordnet der Kommissar eine Unterbrechung der Sitzung von zehn Minuten an.

Die Unterbrechung dauerte jedoch mehr als zwanzig Minuten, da die einzelnen Fraktionen über die Situation berieten. Nachdem die Sitzung wieder eröffnet wurde, erwies es sich, daß nur die Nationaldemokraten und die Sozialisten im Saale anwesend waren. Die übrigen Fraktionen, also die Sanacja, die christlichen Demokraten sowie die beiden jüdischen Fraktionen sind nicht mehr im Verhandlungssaal erschienen. Stv. Walczak erklärte nun, daß die sozialistische Fraktion zur Abgabe einer Erklärung bereit sei, da aber die Erklärung alle Fraktionen des Stadtrats betreffe und dieSozialisten ihreErklärung nicht vor einem Rumpfparlament abgeben möchten, so haben sie beschlossen, die Sitzung zu verlassen.

Nachdem die Sozialisten den Saal verlassen haben, stellte der Kommissar fest, daß im Saale nur 36 Stadtverordnete anwesend sind (35 Nationaldemokraten und der deutschbürgerliche Stv. Kahlert), das Quorum, das 37 betrage, somit nicht vorhanden sei. Er schloß die Sitzung mit der Erklärung, daß eine weitere Sitzung des Stadtrats baldigst anberaumt werden wird.

Der Stv. Kowalski lief zum Rednerpult und erklärte, daß seine Fraktion den Saal nicht verlassen werde. Er werde die Verhandlungen weiterführen. Der Kommissar verließ jedoch den Präsidiumstisch, so daß von der Weiterführung der Sitzung keine Rede sein kann. Während wir diese Zeilen in Druck geben, weilen die Nationalmedokraten noch im Verhandlungssaale. Es ist aber anzunehmen, daß sie sich schließlich doch mit der Tatsache, daß die Sitzung geschlossen ist, werden abfinden müssen.

10-Millionenanleihe in der Finanzkommission abgelehnt.

Vorgestern fand eine Sitzung der Budget- und Finanzkommission des Stadtrats statt, in der Regierungskommissar Wojewodzki die Aufnahme einer Anleihe von 10 Millionen Zloty vorschlug, die zur Führung von Investitionsarbeiten verwendet werden sollte. Verhandlungen über die Aufnahme dieser Anleihe seien in Warschau bereits geführt worden. Die Anleihe soll mit 6 Prozent verzinst werden und in 30 Jahren zahlbar sein. Die Kommissionsmitglieder der nationalen Mehrheit sprachen sich jedoch gegen die Aufnahme der Anleihe aus und lehnten die Aufnahme derselben ab.

Rumänisch-sowjetrussische Paktgerüchte

Bukarest, 13. Juni. Die Nachrichten, daß Verhandlungen zwecks Abschluß eines rumänisch-sowjetrussischen Unterstützungspaktes nach Art des französisch-sowjetrussischen und des tschechoslowakisch-sowjetrussischen Abkommens schweben, sind neuerlich hier aufgetaucht und halten sich mit Hartnäckigkeit. Diese Nachrichten werden von zuständiger rumänischer Seite als unrichtig bezeichnet. In Wiederholung bisheriger Feststellungen wird gesagt, daß Rumänien kein Interesse an der Unterzeichnung eines Unterstützungspaktes habe und sich mit dem jetzigen Vertragszustand durchaus begnüge.

In politischen Kreisen wird zu den erwähnten Nachrichten noch hinzugefügt, daß die Rückgabe eines Teiles des seinerzeit nach Moskau überführten rumänischen Staatsschatzes und der Archive sowie die feierliche Ueberführung der Gebeine des in Rußland gestorbenen Fürsten der Moldau nach Rumänien, dazu dienen sollen, die vorbereitende Atmosphäre für die Verhandlungen zu einem Unterstützungsabkommen zu schaffen. Auch diese Auffassung wird aus dem rumänischen Außenministerium als durchaus unzutreffend bezeichnet.

Paris, 13. Juni. Der Minister für nationale Erziehung Marcomber ist am Donnerstag vormittag gestorben. Der Ministerrat ist aus diesem Grunde auf Freitag vertagt worden.

Die Liebe der schönen Frau Nadia

Roman von Raymond de Rienzi

(42. Fortsetzung)

„Gut, lassen Sie mir einen Augenblick Zeit zur Ueberlegung." Commines legte den Hörer weg und begann im Zimmer auf und ab zu gehen. Er hatte bereits den Satz, den er jetzt aussprechen würde, gebildet, es war ein kurzer Befehl: „Sehen Sie nach, wieviel Herrenanzüge im Kleiderschrank des Schlafzimmers hängen."

Seit dem Verhör am Nachmittag war noch keine Zeit, die Siegel anzubringen. Der Wandschrank stand offen, wenn er nicht die vier Anzüge enthielt, wurde die Anklage wesentlich geschwächt und Nadia konnte sofort provisorisch in Freiheit gesetzt werden.

Ein beliebiges Wort am Telephon, das noch nicht einmal eine Verantwortlichkeit nach sich zog und das man ganz offen sagen konnte! Wenn Sergius erfuhr, welche Einzelheit zur Verhaftung geführt hatte, mochte er von sich aus daran denken, einen der Anzüge verschwinden zu lassen oder, wenn er raffiniert war, würde er ja den Smoking entfernen, von dem der Herr Schwager nicht gesprochen. Denn was hätte den Professor Jordan abhalten können, in Abendkleidung auszugehen.

Rene Commines baute noch halb unbewußt an dem Szenario, das seine Klientin retten mußte.

Der Anblick des neben dem Apparate liegenden Hörers erinnerte ihn jedoch mit großer Deutlichkeit daran, daß dieses Szenario nur dann in Erscheinung treten könne, wenn er den Regisseur spielte. Doch da stieg vor ihm ein fast naives Bild auf, das eines jungen Anwaltes in weißer Krawatte, der vor der ersten Kammer des Gerichtshofes dem ältesten der Advokaten gelauscht, als dieser ihm die Eidesformel vorgelesen, und er dachte daran, wie er damals eine Hand emporgehoben, um aufrichtig zu rufen: „Ich schwöre es".

Bei diesem Bilde aus seiner Vergangenheit schüttelte Commines heftig den Kopf. Daß Nadia unschuldig, dessen war er sicher. Doch um sie vor einer ungerechten Untersuchungshaft zu schützen, ja um selbst einer schrecklichen Tortur zu entgehen, konnte er seinen Diensteid nicht verletzen. Er trat wieder zum Telephon. „Für den Augenblick sehe ich nichts, was ich Ihnen auftragen könnte, nein, nein, nichts. Wenn es sich für die Folge herausstellen würde, daß Sie der Verteidigung von Nutzen sein können, melde ich mich telephonisch."

Dann hängte er wieder ein, ohne der fernen Stimme zu gestatten, sich zu wiederholen.

Es schien ihm, daß er notwendig eine Stärkung seiner Moral brauchen würde, eine fast mystische Hilfe gegen die Versuchung, jetzt, an der Schwelle der qualvollen Zeit, die für ihn beginnen mußte, denn er rief sich mit lauter Stimme in dem nächtlichen Schweigen diesen Grundsatz zu, an dem nicht zu rütteln ist, das Prinzip, das keine Ausnahme zuläßt und kein Deuteln:

Commines, und wenn du daran zugrunde gehen würdest, erinnere dich, daß ein Advokat kein Helfershelfer sein darf.

17.

In einem Taxi wurde Nadia Jordan aus dem Gefängnis von Sankt-Lazare zu der Haussuchung gebracht. Sie war dabei von zwei Kriminalbeamten begleitet.

Der Hausmeister konnte sich vor Erstaunen nicht fassen, die Köchin und die Zofe waren so erschrocken, daß sie nicht mehr von der Stelle gingen; Sergius, bleich wie der Schnee, der die Avenue bedeckte, hatte schon die Ankunft des Untersuchungsrichters beobachtet. Dieser stellte sich mit seinem Stabe ein — dem Gerichtsschreiber, den Beamten der Kriminalpolizei, und zu ihnen stieß ein Mann — schwer atmend, mit fiebernden Augen und verkrampftem Gesicht, der niemand anders war als der Advokat Rene Commines.

Die Verhaftete stieg aus dem Auto in demselben eleganten Kleide wie am Tage vorher, ohne Fesseln, doch aufs schärfste bewacht von ihren beiden Begleitern. Nadia war bleich und sehr ruhig, zeigte jedoch viel Würde. Ihre Augen, umrändert durch eine schlaflose Nacht, erschienen größer als sonst. Zwar waren ihre Lippen blaß, doch sie verstanden noch zu lächeln und zeigten dies, als die junge Frau ihren zitternden Dienstboten einen freundlichen Gruß bot. Jetzt stand Commines vor ihr:

„Herr Doktor, ich danke Ihnen, daß Sie kamen, so früh aufstanden."

Der Advokat bekämpfte mit Mühe seinen starken Wunsch, die Arme zu öffnen, um diese gequälte Frau, die ihm gehörte, an sein Herz zu ziehen. Sie war es, die ihm die Hand drückte und ihn dabei sanft zurückstieß. Ihre Augen wollten sagen: Bleibe vernünftig. Der Richter näherte sich.

„Sie haben mir zugesagt, meine Nachforschungen zu erleichtern."

Sie erklärte sich mit einem Blick dazu bereit.

„Führen Sie mich, bitte zuerst zu dem Schranke, in dem die Kleidungsstücke Ihres Gatten hängen."

Sie stieg die Treppe hinauf, gefolgt von dem Aufgebot an Beamten, durchschritt den Salon, das Billardzimmer, das Speisezimmer und legte ihre Hand an eine Türklinke. Sie zögerte.

„Ich weiß nicht, meine Herren, ob mein Zimmer in Ordnung ist."

Fortsetzung folgt.

Generalversammlung des Vereins für Innere Mission (Arbeiterkolonie „Czyzeminek")

Am Dienstag, dem 18. Juni d. J., findet um 6 Uhr nachmittags im 1. Termin und um 7 Uhr abends im II. Termin, ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder, im Konfirmandensaal der St. Trinitatisgemeinde in Lodz, Petrikauer Straße 4, die

Generalversammlung des Vereins für Innere Mission
(Arbeiterkolonie „Czyzeminek")

der Evang.-Augsburg. Kirche in Polen zur Bekämpfung des Bettelunwesens, Vagabundentums, Demoralisierung der Jugend und dergl. bei folgender Tagesordnung statt: 1. Wahl eines Vorsitzenden, 2. Verlesung des Protokolls von der letzten Generalversammlung, 3. Tätigkeitsbericht, 4. Rechenschaftsbericht, 5. Bericht der Revisionskommission, 6. Entlastung der Verwaltung, wie auch des Kassierers, 7. Aufstellung des Budgets, 8. Wahlen, 9. Freie Anträge.

Zu obiger Generalversammlung ladet alle Mitglieder herzlichst ein **Die Verwaltung.**

Theater- u. Kinoprogramm.

Stadttheater: Heute 8.30 Uhr Im kleinen Häuschen
Sommertheater Heute 9 Uhr Obrona Keysowej
Populäres Theater, Ogrodowa 18: Heute 8.15 Uhr Kolorowy zięć
Zirkus „Arena": Heute 4.30 und 8.30 Uhr Zirkus unter Wasser
Capitol: Die Rache des Herrn X
Casino: Der Mensch, der seinen Kopf verkaufte
Corso: I. Csibi. II. Der unsichtbare Mensch
Europa: Wonder Bar
Grand-Kino: Ein gefährlicher Flirt
Metro u. Adria: Ich bin ein Flüchtling
Miraż: Der gemalte Vorhang
Palace: Die Nacht der Wunder
Przedwiośnie: Audienz in Ischl
Rakieta: Die kleine Zauberin
Sztuka: Die Goldsucherinnen

Die „Lodzer Volkszeitung" erscheint täglich. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zloty 3.—, wöchentlich Zloty —.75; Ausland: monatlich Zloty 6.— jährlich Zloty 72.—. Einzelnummer 10 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 15 Gr., im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Zloty. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Verlagsgesellschaft „Volkspresse" m.b.H. Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel. Hauptschriftleiter: Dipl.-Ing. Emil Zerbe. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Otto Heike. Druck: «Presa» Lodz, Petrikauer 101